Erich Gruners Werk über die Arbeiterbewegung 1880 bis 1914 : zum Beispiel : SPS und Armee

Autor(en): **Kästli, Tobias / Maissen, Toya**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zum Beispiel: SPS und Armee

Von Tobias Kästli

Der mit Spannung erwartete dritte Band von Erich Gruners breit angelegter Untersuchung über «Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880 bis 1914» ist im vergangenen Jahr rechtzeitig zum SPS-Jubiläum erschienen. Thema: Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie, ihr Verhältnis zur Nation, zum Internationalismus, zum Bürgertum, zu Staat, Gesetzgebung, Politik und Kultur.

Auch in diesem über 900 Seiten starken dritten Band seiner Geschichte der Arbeiterbewegung 1880 bis 1914 stellt der emeritierte Berner Professor Erich Gruner eine Überfülle von historischem Material zur Verfügung. Es ist unmöglich, das Buch einfach so von vorn bis hinten durchzulesen, aber wer bestimmte Fragen zu den Anfängen der SPS hat, wird mit Hilfe des Registers interessante Aufschlüsse erhalten. Ich will hier als Beispiel die Armeefrage herausgreifen.

Die Armee ist zu teuer

«Im Gegensatz zur Communis opinio genoss die schweizerische Armee in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nie eine unbestrittene Popularität», schreibt Gruner im Militärkapitel, das unter dem Titel steht: «Von der Nation armée zur Armée contre la nation.» Harsche Kritik an der Armee kam vor allem von SP-Seite.

Hauptpunkt der Kritik: Die Armee sei zu teuer. Sie war für die Dienstpflichtigen ganz unmittelbar eine teure Angelegenheit, denn bis 1874 mussten sie ihre Ausrüstung selber bezahlen. Nachher wurde die Soldatenausrüstung gratis zur Verfügung gestellt, aber weiterhin gab es keine obligatorische Lohnausfallentschädigung.

Um 1900, als die Taglöhne zwischen 3 und 6 Franken lagen, musste ein Lohnabhängiger während seiner Dienstzeit mit 35 bis 80 Rappen Sold auskommen.

Neben dieser direkten Belastung gab es auch die indirekte via Steuern. Die Militärausgaben machten im Bundesbudget bei weitem den grössten Ausgabenposten aus, und die Arbeiterschaft wurde, wie Gruner berechnet hat, durch die steigenden Militärausgaben besonders bedrückt.

Kritik verboten

Zu dieser materiellen kam die physische und psychische Belastung. Soldatenmisshandlungen waren an der Tagesordnung.

Innerhalb des Offiziersklüngels – die hohen Ränge der Armee waren von den gleichen Leuten besetzt, die auch in der Politik und in der Wirtschaft das Sagen hatten – galt als guter Offizier, wer seine Untergebenen in harte Zucht nahm. Nach preussischem Vorbild wurde der Typus des Soldatenschinders gefördert.

Kritik an den geschilderten Umständen war nicht erwünscht. Der oberste Offiziersklüngel und der Bundesrat verhinderten mit rechtlichen Mitteln oder mit verstecktem Druck, dass über die Armee so offen diskutiert werden konnte, wie es in einer Demokratie eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wer öffentlich antimilitaristische Gedanken äusserte oder gar zur Verweigerung gewisser Befehle aufforderte, wurde strafrechtlich verfolgt; es half ihm nichts, wenn er sich auf sein Gewissen und auf seine demokratische Gesinnung berief. Die Armee stand gewissermassen ausserhalb der Normen des demokratischen Rechtsstaates, und mit ihrem eigenen Justizapparat konnte sie «falsche» Gesinnung bestrafen.

Ordnungsdienst und Dienstverweigerung

Der antidemokratische Geist der Armee wirkte sich beim sogenannten Ordnungsdienst besonders gravierend aus: Zwischen 1880 und 1914 wurden insgesamt 23mal Truppen gegen streikende Arbeiter und Arbeiterinnen aufgeboten. Dabei hielten es die Armeekommandanten vorerst nicht einmal für nötig, für diese «Spezialaufgabe» auswärtige Truppen zu verwenden. Beim Bauarbeiterstreik von 1898 in Genf wurden also Genfer Soldaten gegen Genfer Arbeiter und Arbeiterinnen eingesetzt. Sogar der Genfer Arbeitersekretär Jean Sigg wurde aufgeboten. Er verweigerte den Dienst und wurde bestraft.

Beim Genfer Generalstreik von 1902 wurden wiederum einheimische Truppen aufgeboten. 300 Soldaten folgten dem Aufgebot nicht und redeten sich nachträglich mit Krankheit oder Ortsabwesenheit heraus.

17 Soldaten bekannten offen, den Dienst verweigert zu haben, da sie es vor ihrem Gewissen nicht verantworten könnten, gegen ihre eigenen Kollegen vorzugehen. Sie wurden mit ein bis zwei Monaten Gefängnis bestraft. Sigg, der wiederum unter den Verweigerern war, erhielt 4 Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust. In der Folge nahmen die Dienst-

verweigerungen zu. Die Militärdirektoren der Kantone und die Armeebefehlshaber wurden vorsichtiger: Ab 1906 boten sie für den Ordnungsdienst immer ortsfremde Truppen, meistens aus ländlichen Gegenden, auf.

Armee und «innerer Feind»

Truppenaufgebote gegen Streikende waren formalrechtlich möglich, sie waren legal. Nach Gruners Meinung übersahen aber diejenigen, die für die Aufgebote ,verantwortlich waren, allzu oft, «dass der formalrechtlich einwandfreie Einsatz legitimer Gewalt (Polizei, Militär) infolge der besonders brutalen Art des Vorgehens in illegale Gewaltsamkeit umschlagen kann». Der Historiker Gruner verurteilt rückblickend die Rolle der Armee im Ordnungsdienst und die Art und Weise, wie sie sich ihren «inneren Feind» aufbaute.
Die Führer der SPS und des mit der Partei eng verbundenen Grütlivereins, die jene Vorkommnisse als Zeitzeugen miterlebten, vermieden es, die Armee eindeutig zu verurteilen. Sie demonstrierten nicht nur Treue zum Staat, sondern – bei aller Kritik an den offensichtlichen Missständen – im Prinzip auch Treue zur Armee.

Klassenkampf von oben

Als seit der Jahrhundertwende deutlich wurde, dass sich die Armee nicht demokratisieren liess, dass sie immer eindeutiger zum Instrument des Klassenkampfs von oben wurde, erstarkte in der SPS die antimilitaristische Strömung. Der Parteitag von 1903 verabschiedete Thesen zur Armeefrage. Diese zielten allerdings nicht auf eine Abschaffung der Armee, sondern sie enthielten gemäss Gruner «lauter Postulate, von deren Verwirklichung man sich eine von militaristischen Schlacken gereinigte Schweizer Armee erhoffte».
Konkret ging es um folgende Postulate: Plafonierung der Militärausgaben, Verkürzung der Dienstzeit und Erhöhung des Soldes, Einführung eines Systems der Lohnausfallentschädigung. Gleichstellung von Soldaten und Offizieren punkto Uniform und Essen. Ausserdem verlangte der Parteitag die Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeiten. Als wichtigsten Punkt aber hielt er fest: «Die Verwendung des Militärs zu Polizeidienst bei Streiks und Aussperrungen ist unzulässig.»
Hatte die SP die Kraft, diese Bestimmung in die eidgenössische Vorlage für eine neue Militärorganisation hineinzubringen? Von der Basis her war der Druck in dieser Richtung gross; in der Welschschweiz wurden sogar Stimmen für eine totale Ablehnung der Armee laut. In der SP-Führungsspitze aber, die noch stark vom gemässigten, linksliberalen Grütliverein beeinflusst war, zögerte man, mit allzu radikalen Forderungen das Bürgertum vor den Kopf zu stossen.
In dieser Situation schlossen sich die anarchistisch beziehungsweise revolutionär-syndikalistisch inspirierten Kräfte innerhalb der Partei zur «Antimilitaristischen Liga» zusammen. Sie verlangte einen ausserordentlichen Parteitag zur Militärfrage. Dieser Parteitag fand im Februar 1906 in Olten statt; er endete mit einem Kompromiss: Der Parteitag bejahte die Notwendigkeit einer Milizarmee («Volksheer»), erklärte aber, die neue Militärorganisation sei auf jeden Fall zu verwerfen, wenn sie nicht das strikte Verbot des Truppenaufgebots gegen Streikende enthalte.
Schon im nächsten Jahr setzten sich die beiden Vertreter der Partei im Nationalrat, Scherrer und Brüstlein, über diesen Parteitagsbeschluss hinweg...

Die Pazifisten in der SPS

Nicht identisch mit den Kreisen der «Antimilitaristischen Liga» – dieses Gebilde zerfiel schon 1907 wieder – waren die eher idealistischen Pazifisten. Sie wollen die Armeen durch systematischen Ausbau der Instrumente der Friedenssicherung nach und nach überflüssig machen. Schon am SPS-Parteitag von 1893 hatte ein Delegierter aus Bern namens Obrecht den Antrag gestellt, die SPS solle sich auf die Linie der internationalen Friedensbewegung verpflichten. Der Antrag war abgelehnt worden.

Ein Rock ist kein Programm

Das Gastspiel, das die erste Frau im Bundesrat, die freisinnige Elisabeth Kopp, in Bern gegeben hat, war ein totaler Reinfall.
An diesem Reinfall war die SP-Fraktion in den eidgenössischen Räten nicht ganz unschuldig. Zahlreiche SP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben Elisabeth Kopp damals die Stimme gegeben – unter anderem auch weil sie eine Frau war. Elisabeth Kopp hat bereits vor ihrer Wahl die Fakten, die damals schon über ihren Gatten bekannt waren, öffentlich geleugnet, mithin die Unwahrheit gesagt. Die Linkspresse hatte darüber ausführlich berichtet.
In der Affäre Kopp muss folgende Frage gestellt werden: Kann eine bürgerliche Frau im Bundesrat bessere Politik machen als ihre männlichen Parteikollegen? Würde sie dann überhaupt portiert werden? Die Antwort kann nur nein sein. Und die Lehre, welche vor allem linke Frauen daraus ziehen müssten, ist diese: Ein Rock ist kein Programm! Toya Maissen

Die pazifistische Linke in der SPS war zahlenmässig unbedeutend. Mit Leonhard Ragaz, dem Theologieprofessor und Begründer des religiösen Sozialismus in der Schweiz, verfügte sie aber über einen bedeutenden Theoretiker. Ragaz stellte die Frage der Dienstverweigerung und des grundsätzlichen Widerstandes gegen Krieg und Aufrüstung zur Diskussion. Nach 1981, als das ganze Ausmass der Kriegsschäden und Kriegsgreuel abgeschätzt werden konnte, gewann der Pazifismus an Gewicht.
In Gruners Werk ist diese Periode nicht mehr behandelt. Ich will trotzdem die Linie der Armeediskussion in aller Kürze bis zur Gegenwart fortzusetzen versuchen.

1935: Ja zur bewaffneten Landesverteidigung

Auch in der Zwischenkriegszeit vermochten weder die Pazifisten noch die grundsätzlichen Antimilitaristen die Parteilinie zu bestimmen. Die Parteibasis war zwar zu einem guten Teil armeefeindlich eingestellt, und die Parteiführung verpflichtete sich, «alle Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen oder die Gefahr kriegerischer Verwicklungen heraufbeschwören können», abzulehnen. Aber das alles bedeutete nicht eine prinzipielle Ablehnung der Armee.
Man war gegen die bürgerlich-autoritäre und antisozialistische Armee, wie sie sich im Generalstreik manifestiert hatte. Aber eine Armee unter sozialdemokratischen Vorzeichen hätte man akzeptiert.
Man akzeptierte dann auch eine bürgerliche Armee: Angesichts der faschistischen Bedrohung in den dreissiger Jahren legte die gemässigte Mehrheit der SPS sozusagen ein Bekenntnis zur bewaffneten Landesverteidigung ab. Diese neue Haltung wurde im Parteiprogramm von 1935 festgeschrieben. Ein Teil der Parteibasis blieb armeekritisch.
Während und nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die Schweizer Armee einen so hohen Stellenwert, dass es auch von sozialdemokratischer Seite kaum noch jemand wagte, sie zu kritisieren. Die alte antimilitaristische Linie ging trotzdem nie ganz unter.

Frauen und Juso

In die Armeediskussion der SPS ist eine neue Qualität gekommen, seit sich die Frauenbewegung auch in dieser alten Partei stärker manifestiert. Frauen können sich vorstellen, dass es auch ohne Armee geht oder dass es ohne Armee sogar besser geht. Sie verstärken die kleine Fraktion der Pazifisten, Dienstverweigerer und grundsätzlichen Antimilitaristen und tragen kräftig dazu bei, die Armee zu enttabuisieren.
Bei der Jugend ist das auf Echo gestossen. Es ist das Verdienst der Juso, wieder eine grundsätzliche Armeediskussion in die SPS getragen zu haben. Der Zürcher Parteitag 1988 hat beschlossen, 1989 sei ein Sonderparteitag zur Armeefrage durchzuführen. Es wird um die Initiative zur Abschaffung der Armee und für eine aktive Friedenspolitik gehen.

Gruners Totalitätsanspruch

Das von Erich Gruner herausgegebene dreibändige Werk «Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880 bis 1914» (Chronos Verlag 1987/88) umfasst insgesamt über 3000 Seiten. Es ist der Versuch, die Arbeiterbewegung in der wichtigen Epoche der Jahrhundertwende in ihrer Gesamtheit (Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft) und im Zusammenhang mit der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu erfassen.
Nur wer so und so viele Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung vernachlässigt, kann ein klares Bild zeichnen. Gruners Bestreben aber war es, alles zu erfassen. Er hatte eine Reihe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, war aber zum Teil mit deren Forschungsergebnissen nicht zufrieden, schrieb um und flocht die unterschiedlichen Beiträge unterschiedlicher Autoren und Autorinnen durcheinander. Klarheit und Übersichtlichkeit litten.
Die erstrebte Totalität konnte trotz des riesigen Umfanges des Werkes nicht erreicht werden. Es gibt einerseits Lücken, andererseits Überschneidungen. Die Lücken oder Unklarheiten sind zum Teil auch dadurch bedingt, dass die Quellen mangelhaft sind. Aber letztlich hat sich einfach herausgestellt, dass es schlicht unmöglich ist, ein so riesiges Gebiet bis in alle Details zu erforschen.
Gruners Werk ist grundlegend und für die historische und politologische Forschung von unabschätzbarem Wert. Aber aus den genannten Gründen ist es kein leicht zu benutzendes Handbuch. Es ist eine Art Steinbruch, aus dem der interessierte Leser grössere oder kleinere Brocken herausbrechen kann. Manchmal hält er dann einen Edelstein in der Hand, manchmal brüchigen Sandstein.

Hg. Erich Gruner, Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880 bis 1914.
Bd. 1: Demographie und Wirtschaft, 624 Seiten, Fr. 68.–.
Bd. 2: Gewerkschaften und Streiks, 1661 Seiten, Fr. 176.–.
Bd. 3: Entstehung der Sozialdemokratie, 968 Seiten, Fr. 88.–.
Bände 1 bis 3 zusammen Fr. 286.–.